

2026
FRÜHLING

KRANICH

Zeitung des Salzburger Friedensbüros



ABRÜSTUNG
**Mehr Sicherheit
ohne Waffen!**

S. 04

MILITARISIERUNG
**An den Grenzen
des Vorstellbaren**

S. 06

FRIDENSSICHERUNG
**Costa Rica:
das Land ohne Armee**

S. 13

Den Frieden im Fokus behalten, statt den Krieg vorzubereiten: Die Welt befindet sich derzeit in einer Phase massiver Aufrüstung. Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI stiegen die globalen Militärausgaben 2024 auf über 2,7 Billionen US-Dollar. Die Friedensforschung zeigt aber, dass Aufrüstung die Welt nicht sicherer macht – sie führt vielmehr zu Rüstungswettläufen und internationalen Spannungen.

Das Friedensbüro hat es sich in dieser Kranich-Ausgabe daher zur Aufgabe gemacht, sich einerseits mit den Folgen zunehmender Militarisierung auseinanderzusetzen und andererseits Rezepte für die Friedenssicherung aufzuzeigen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Die Redaktion



INHALT

- 02 Editorial
- 03 Kurz & Bündig
- 04 Mehr Sicherheit ohne Waffen!
- 06 An den Grenzen des Vorstellbaren
- 08 Alles ist falsch
- 10 Auf dem Weg in den Kriegsstaat?
- 11 „Sicherheitspolitik lässt sich heute nur transnational verwirklichen.“
- 12 Friedenssicherung durch proaktive Neutralitätspolitik
- 13 Costa Rica: das Land ohne Armee – ein Modell für die Welt?

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg

Lasserstraße 30/3, 5020 Salzburg

Tel.: 0662/87 39 31

E-Mail: office@friedensbuero.at

www.friedensbuero.at

Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,
IBAN: AT102040400000017434

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag: 9 bis 13 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH

Nr. 01/2026

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:

Christine Czuma, Hans Peter Graß, Katharina Fürbach, Elisabeth Kocher, Linn Sahin, Barbara Sieberth, Barbara Wick **Titelbild:** Canva/Martin Sturmer

Layout: Martin Sturmer **Grafisches Grundkonzept:** Eric Pratter **Druck:** Koller Media GmbH

Barbara Sieberth

Geschäftsführerin und Leiterin des Fachbereichs
Politische Bildung im Friedensbüro



BILD: FriedensbüroSturmer

„Krieg . Und. Alles ist falsch.“

Diese Überschrift aus einem der Texte von Marlene Streeruwitz' "Handbuch gegen den Krieg" trifft es für mich sehr. Und ich denke, dem Satz werden viele Menschen zustimmen. Krieg ist eine äußerste Form von Gewalt. Tötet Menschen, zerstört die Umwelt und Ökosysteme, reißt Wunden in ganze Gesellschaften: Die Heilung wird über Generationen Zeit brauchen. Krieg verschlingt Ressourcen, die wir gar nicht zur Verfügung haben und die uns in der Zukunft für das friedliche Zusammenleben von Menschen in Einklang mit unserem Planeten fehlen werden.

Gleichzeitig wird in Österreich, in Europa und weltweit aufgerüstet wie noch nie. Und es fühlt sich an, als ob Krieg vorbereitet wird. Nach außen heißt es „Abschreckung“. Und dann sehen wir, wie die internationale Zusammenarbeit bröckelt und sich einzelne, mächtige Akteure über Völkerrecht hinwegsetzen und bereits (Angriffs-)Kriege führen.

Im Friedensbüro ist es uns wichtig, **andere Perspektiven zur Friedenssicherung** zu öffnen. Wir haben im Frühjahr 2026 verschiedene Friedensforscher*innen, Aktivist*innen und Menschen mit einschlägiger Expertise zu Veranstaltungen eingeladen und sie auch gebeten, in dieser Ausgabe über Alternativen zur Militarisierung zu schreiben.

Werner Wintersteiner hat in seinem Buch „**Mehr Sicherheit ohne Waffen**“ den Thirring-Plan zur Abrüstung Österreichs reflektiert und auch andere dazu eingeladen – seine Argumente (S. 4) und die zweier anderer können in dieser Kranich-Ausgabe nachgelesen werden: Andi Gross ist im Gespräch zur Initiative „Schweiz ohne Armee“ (S. 11) und Leo Gabriel fasst in aller Kürze das Beispiel Costa Rica zusammen: Das Land hat völlig abgerüstet und fährt gut damit (S. 13).

Fabian Scheidler (Autor des Buchs „Friedenstüchtig“) beschreibt in seinem Text **Entwicklungen zu einem Kriegsstaat** (S. 10). Claudia Brunner analysiert, wie die Militarisierung im Sprechen, Schreiben und Lesen, wie auch im Denken und Empfinden sich verwurzelt und gleichzeitig Rüstung, Waffenproduktion und Zerstörung von Leben und Ressourcen im kapitalistischen Weltsystem voranschreiten. Und einen **Antimilitarismus** verlangt, mit einem klaren „**Nein zum Krieg!**“ (S. 8).

Juliana Krohn ergänzt die Perspektiven, indem sie einen **langfristigen und umfassenden Blick auf Krieg oder eben Frieden** einfordert und das Einbeziehen verschiedener Gerechtigkeiten: Gegenüber den Generationen hinter und vor uns oder gegenüber dem Planeten, der unsere Lebensgrundlage darstellt. Aushandlungsprozesse sind dabei notwendig. (S. 6)

Ich hoffe, wir können mit diesen Texten inspirieren und stärken – damit wir uns gemeinsam für Frieden weiterhin engagieren!

Barbara Sieberth

Kurz & Bündig

In Memoriam Matthias Reichl

Matthias Reichl, der Mitbegründer und Leiter des Begegnungszentrums für aktive Gewaltfreiheit Bad Ischl, hat, wie es seine Frau Maria ausdrückt, am 5. Januar 2026 aufgehört zu atmen. Alle, die Matthias kannten, wissen, dass wir mit ihm einen Wegbegleiter verlieren, dessen Lebenswerk von einem tiefen Glauben an die Kraft der Gewaltfreiheit geprägt war. Matthias Reichl war ein Radikaler der seltenen Art. Konsequenter in seinem Denken und Schreiben, in seiner Art der friedenspolitischen Partizipation genauso wie in seiner Arbeits- und Lebensweise.

Matthias hatte seine friedensbewegten Wurzeln in Salzburg. Schon 1968 unterstützen Matthias und seine Frau Maria den legendären Pfarrer Franz Wesenauer bei der Planung und Durchführung einer Friedenstagung anlässlich des 150. Jahrestages des „Stille Nacht-Liedes“ in der Pfarre St. Andrä. Nicht nur diese Episode lässt uns bewusst sein, dass wir mit Matthias Reichl einen Zeitzeugen verlieren, der dieser Bezeichnung äußerst würdig ist.

Die Radioreihe „Begegnungswege“, die Matthias und Maria in den letzten Jahren im Freien Radio Salzburg gestaltet haben, dokumentieren sein Lebenswerk.

Zum Nachhören:

<https://freiesradio.at/in-memoriam/>

HPG

Krieg ist kein Fußballspiel

Ein Bericht in den Salzburger Nachrichten (17. Februar 2026) informiert über den Besuch eines Informationsoffiziers des Österreichischen Bundesheeres in einer

Wiener Schule. 89 Kriege gebe es derzeit in 31 Staaten der Welt, wird der Offizier zitiert. Er begründet damit die geplanten Aufrüstungsschritte des Heeres und bringt dabei folgenden Vergleich: „Aktuell passt das gesamte Bundesheer ins Praterstadion. Aber wir wollen von derzeit 55.000 auf 75.000 Mann aufwachsen. Da benötigen wir dann die Allianz-Arena in München.“ Eine eingeblendete Folie mit beiden Stadien ist überschrieben mit „Nationalteam Österreichisches Bundesheer – Mission Vorwärts – Einsatzbereit für Österreich!“

Krieg wird verglichen mit Fußball. Soll die aktuelle Euphorie über das österreichische Fußballnationalteam helfen, dem Bundesheer neuen Zulauf zu bringen? Eine problematische Verknüpfung, die Krieg verharmlost – auch im Verteidigungskrieg gibt es Tote.

Aufgabe der Schule wäre es, darüber zu sprechen, wie Konflikte entstehen, wie sie eskalieren bzw. wie sie frühzeitig deeskalieren werden können. Zudem geht es um realistische Bedrohungsanalysen. Daher bräuchten wir Friedensforschung als Fach in der Lehrer*innenausbildung und Friedensbildung in allen Schulen.

Hans Holzinger

Beiratsmitglied des Friedensbüros

KI & Desinformation

Wer darauf hofft, verlässliche und wahrheitsgemäße Zusammenfassungen aktueller Konfliktgeschehnisse über die vor Suchergebnissen angezeigten KI-generierten Übersichten zu finden: Fehlanzeige! Denn die beispielsweise durch die „Übersicht mit KI“ von Google generierten Inhalte sind oft fehlerhaft, und wenn diese nicht überprüft werden, kann dies zur Verbreitung von Desinformationen führen.

Ein aktuelles Beispiel vom 1. März 2026 zeigte, dass Googles KI eine aus dem Jahre 2015 stammende Aufnahme einem angeblichen Raketenangriff vom Iran auf ein Hochhaus-Gebäude in Dubai falsch zuordnete, obwohl die Aufnahme aus dem Jahre 2015 aus einem ganz anderen Kontext stammte, wie das Faktencheck-Team von Mimikama (www.mimikama.org) klarstellte.

Mimikama beobachtete diese falsche Einordnung von alten oder manipulierten oder KI-generierten Bildern durch die Google-KI bereits in mehreren Fällen. Fazit von Mimikama: „Bilder können dokumentieren. Sie können Missstände sichtbar machen. Aber sie können ebenso manipulieren, verzerren und polarisieren.“

Linn Sahin

Das Zitat

Krieg. Und. Alles ist falsch.

Marlene Streeruwitz, *Handbuch gegen den Krieg*, Wien 2023, S. 5

Der Eröffnungssatz des „Handbuchs gegen den Krieg“ von Marlene Streeruwitz wirkt durch seine extreme Verknappung und die stakkatoartige Satzstruktur besonders eindringlich.

Die drei kurzen, isolierten Einheiten spiegeln eine Sprachlosigkeit angesichts der Gewalt des Krieges wider. Gleichzeitig verdichtet der Satz eine radikale moralische Position: Krieg wird nicht relativiert oder erklärt, sondern grundsätzlich als falsch und unvereinbar mit menschlichen Werten markiert.



BILD: C. Stadler/Bvagg - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0

Werner Wintersteiner
Friedenspädagoge



BILD: Ulrike Wintersteiner

Mehr Sicherheit ohne Waffen!



BILD: Katholische Aktion Salzburg

Die Veranstaltung „Mehr Sicherheit ohne Waffen“ mit Andi Gross (links) und Werner Wintersteiner (rechts) am 22. Jänner 2026 im Kapitelsaal war sehr gut besucht. Der Abend fand in Kooperation mit der Katholischen Aktion Salzburg statt.

Europa und die klassische Tragödie

Was ist der Unterschied zwischen der heutigen europäischen Politik und der klassischen Tragödie? Es sage niemand, dass es keinen gibt! Die klassische Tragödie verbreitet Furcht und Schrecken, aber mit dem Ziel der Katharsis, der Läuterung des Publikums. Intendiert ist die Selbstreflexion, ein Lernen für die reale Welt am imaginären Beispiel.

Die europäische Politik hingegen verbreitet ebenfalls Furcht und Schrecken, aber nicht mit dem Ziel der Katharsis, sondern der Unterwerfung des Publikums. Geboten wird ein imaginäres Szenario, das sich als Abbild der realen Welt ausgibt. Eine illusorische Rüstungs- und Abschreckungspolitik als einzig reale Option.

In der Tragödie sind Fiktion und Realität klar getrennt, auch wenn die Fiktion unseren Gefühlshaushalt durcheinanderschüttelt. Die Tragik der europäischen Politik besteht hingegen in der bewussten Verwi-

schung von Fiktion und Realität, sodass wir, aus Furcht vor imaginären Gefahren, bereit sind, uns auf die realen Gefahren einzulassen, die eine schwindelerregende Rüstungspolitik mit sich bringen.

Der emanzipatorische Effekt der Tragödie besteht darin, dass sie kein Heil verspricht, sondern zum Nachdenken und Nachfühlen veranlasst. Die anti-emanzipatorische Intention der Politik liegt in ihrem Heilsversprechen, das uns dazu verführen soll, für noch mehr Schrecken einzutreten.

Die tödliche Utopie der Sicherheit

Gerade weil es als so selbstverständlich normal dargestellt wird, muss man sich das Ungeheuerliche der gegenwärtigen Hochrüstungswelle in ganz Europa vor Augen zu führen.

Mit 2026 haben die USA und Russland alle Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle gekündigt oder auslaufen lassen. Zugleich

explodieren ihre Rüstungsetats und die der NATO-Staaten in unvorstellbare Höhen, in Deutschland sollen neue US-Mittelstreckenraketen stationiert werden. Fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts wollen die NATO-Staaten für Kriegsvorbereitungen ausgeben. Die EU stellt im Rahmen von *ReArm Europe*, inzwischen umbenannt in das neutralere klingende *Readiness 2030*, die gigantische Summe von 800 Milliarden Euro für Aufrüstung bereit. Koste es, was es wolle! Die EU-Ausweichklausel für Rüstungsausgaben ermöglicht ein sanktionsfreies Abweichen vom Budgetplan. Auch das hochverschuldete Österreich will davon Gebrauch machen, also mehr Schulden für Aufrüstung.

NATO und EU setzen damit auf eine Strategie militärischer Abschreckung, die uns bereits während des Kalten Krieges mehrmals an den Rand der atomaren Apokalypse gebracht hat. Und die Klima- und Ökokrises, die durch das Wettüben nochmals verschärft werden, bleiben einfach ausgeblendet. Kriegstüchtigkeit ist das Leitziel. Das bedeutet Einschwören auf eine neue Mentalität, geistige Aufrüstung, Politik mit der Angst, Kriegskultur.

Die einzige Begründung für diese Zeitenwende ist die Behauptung einer unmittelbaren Bedrohung der Europäischen Union durch Russlands ungezügelter Imperialismus: Das aber ist eine Gefahr, die es nach Ansicht vieler Expert*innen in diesem Ausmaß und dieser Form gar nicht gibt. Denn einerseits ist die europäische NATO-Rüstung auch ohne die 800 Milliarden schon jetzt Russland materiell weit überlegen, und andererseits ist Russland durch den Angriff auf die Ukraine, in der es trotz großer Anstrengungen nur sehr langsam Geländegewinne erzielt, stark geschwächt. Wieso sollte Putin das Risiko eingehen, die NATO anzugreifen?

Somit erweist sich das, was uns als notwendig, unvermeidlich und das moralisch einzig Richtige dargestellt wird, in

Wahrheit als ein Hasardspiel mit dem Weltfrieden. Das sagen seriöse Wissenschaftler*innen und erfahrene Militärs sehr deutlich:

„In Wahrheit folgt diese Aufrüstung einem transatlantischen Stereotyp und einem instinktiven Reflex, gespeist aus Angst, altem Blockdenken und der Unfähigkeit, eigene Fehlannahmen zu überdenken. Dieses Aufrüsten im Eiltempo basiert auf Worst-Case-Bedrohungsszenarien und Annahmen, die von der Realität weitgehend abgekoppelt sind.“ (August Pradetto, emeritierter Professor der Universität der Bundeswehr Hamburg, in der Berliner Zeitung)

„Der Begriff «Kriegstüchtigkeit» steht für einen gefährlichen Irrweg wie kaum ein anderer. Das dahinterstehende Konzept beansprucht unverhältnismäßige Ressourcen, militarisiert Politik und Gesellschaft und löst die Probleme nicht. Der derzeit weitverbreitete Alarmismus in weiten Teilen der Politik und der Medien basiert zudem auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse.“ (Johannes Varwick, Professor für Internationale Beziehungen, in seinem neuen Buch *Stark für den Frieden – Was jetzt für eine rationale Sicherheitspolitik zu tun ist*, 2026)

Hinter dieser Rüstungswelle stecken aber nicht nur Fehleinschätzungen, Ängste oder die Zwänge des NATO-Bündnissystems. Auch handfeste Interessen sind im Spiel. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben die Aktien der Rüstungskonzerne unheimlich zugelegt. Eine Rheinmetall-Aktie kostete im Februar 2022 noch 101 Euro, Ende Oktober 2025 konnte man sie für 1697 Euro verkaufen: Eine Wertsteigerung um das Sechzehnfache. Und die Rüstungskonzerne beteiligen sich an der Finanzierung von Think-Tanks, die Ängste verbreiten, indem sie die militärische Kapazität von Gegnern übertreiben. (Vgl. Urs P. Gasche, Dossier *Wider das allgemeine Aufrüsten*, in Infosperber, Jahresrückblick 2025)

Kriegsverhütung – die einzige Alternative

Es ist die „tödliche Utopie der Sicherheit“, vor der schon in den 1980er Jahren der ehemalige deutsche Bundesminister Erhard Eppler gewarnt hat. Angesichts der heutigen Waffentechniken sind die dicht besiedelten Länder Europas strukturell nicht verteidigbar. „Es bleibt nur Kriegsverhütung. Diese mit militärischen Mitteln zu bewirken heißt, einen Gegner abzu-

schrecken – aber wie glaubwürdig ist eine Abschreckung durch ‚Verteidigung‘, wenn es die Selbstzerstörung des zu verteidigenden Landes zur Folge hat?“, fragt das Autor*innenkollektiv der Initiative *Aufbruch zum Frieden 2025*.

Deswegen treten alle besonnenen Beobachter*innen für Verhandlungslösungen und eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur für alle, Freunde und Gegner, ein. Und damit wird auch ein historisches Beispiel wieder interessant, das einen Anstoß für den Dialog der Feinde geben wollte – der *Thirring-Plan*.

Im Jahre 1963 publizierte der Wiener Physikprofessor und Friedensaktivist Hans Thirring das Memorandum *Mehr Sicherheit ohne Waffen*, den Vorschlag zur einseitigen Abrüstung des neutralen Österreich. Dieser sah die durch internationale Abmachungen gestützte Auflösung des Bundesheeres vor. Damit sollte das neutrale Österreich in einer Zeit von Spannungen einen Anstoß für weltweite Abrüstung und Ächtung der Kriege geben. Erklärtes Ziel Thir-

rings war es, eine globale Abrüstungsdynamik in Gang zu setzen. Mit diesem Vorschlag zur einseitigen Abrüstung als explizit friedenspolitischer Intervention hat der Wissenschaftler ein Tabu gebrochen, eine Debatte angestoßen und eine Denkmöglichkeit eröffnet. Es war sozusagen eine „Schubumkehr“ des Diskurses: Sicherheit nicht mehr durch permanente Drohgebärden und weitere Aufrüstung, sondern eben *Mehr Sicherheit ohne Waffen*.

Was wir daraus für heute lernen können? Auf der Suche nach Frieden heißt es manchmal, die eigenen Vorurteile abzulegen, mutig neue Wege zu gehen, den Gegner durch Vertrauen zu überraschen, eingefahrene Situationen durch Risikobereitschaft aufzubrechen.

Werner Wintersteiner, ist Univ.-Prof. i. R. der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und Friedenspädagoge. Er ist Herausgeber des Buchs „*Mehr Sicherheit ohne Waffen*“ – Zur Aktualität von Hans Thirrings Friedensplan. (Promedia, Wien 2025). Siehe Buchtipps S. 16

STOPP DEN PFLEGERAUB.

**DEINE STIMME ZÄHLT.
UNTERSCHREIB JETZT DAS
VOLKSBEGEHREN.
IN JEDER GEMEINDE ODER
GANZ EINFACH PER QR-CODE.**



WWW.STOPPDENPFLEGERAUB.INFO



SALZBURG

GLEICH SCANNEN UND UNTERSCHREIBEN!

BEZAHLTE ANZEIGE



Bild: Peter Krohn

Juliana Krohn
Friedens- und Konfliktforscherin,
Mitarbeiterin im Friedensbüro Salzburg

An den Grenzen des Vorstellbaren

Militarisierungsprozesse in Zeiten planetarer Krisen



Militarisierung ist mehr als die Aufstockung von Rüstungsetats – sie verändert, wie wir über Sicherheit, Frieden und Zukunft nachdenken. Um gegenwärtige Militarisierungsprozesse und deren Auswirkungen zu verstehen, lohnt sich deshalb ein genauerer Blick auf unsere Welt- und Wertvorstellungen. Nicht etwa, um Nabelschau zu betreiben und sich so von den Krisen unserer Zeit abzulenken, sondern um ein Gefühl für die Komplexität dieser Themen zu entwickeln. Dieser Blick lohnt sich auch deshalb, weil Debatten über Militarisierung oft in das enge Korsett von Pro- und Contra-Argumenten gezwängt werden. Dadurch wird das Thema vielleicht zugänglicher, leichter verdaulich, gleichzeitig erzeugt und verstärkt dieser Zugang aber gesellschaftliche Polarisierung und erschwert eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung.

Militarisierungsprozesse sind – wie Konflikttransformations- und Friedensprozesse auch – sehr vielschichtig. Oft wird dabei das Thema der materiellen Ressourcen ins Zentrum gerückt, also die Frage, wie viele Mittel ins Militär, in militärische Einrichtungen und Ausstattungen fließen. Militarisierung ist aber nicht nur Ressourcenverschiebung – wenngleich das ein wichtiger Aspekt ist – sondern auch gesellschaftlicher Transformationsprozess. Um eine Gesellschaft an den Bedürfnissen des Militärs auszurichten, diese legitim erscheinen zu lassen, braucht es symbolische Ressourcen, also Ideen, Vorstellungen und Überzeugungen in der Gesellschaft, die militärischer Gewalt Legitimität verleihen. Die Frage, ob militärische Lösungen das geeignete Mittel sind, um derzeitigen Herausforderungen zu begegnen, soll mehrheitlich mit Ja beantwortet werden.

Ein zentrales Instrument ist die sogenannte **Versicherheitlichung**. Dabei werden aktuelle Herausforderungen politisch als Problem für die Sicherheit dargestellt, um gesellschaftliche Unterstützung für entsprechende – meist militärische – Lösungen zu erzeugen. Herausforderungen, Bedrohun-

gen und Konflikte müssen also so erzählt werden, dass Militarisierung als die zentrale Strategie erscheint, um für Sicherheit zu sorgen. Tiefergehende Ursachen werden nicht analysiert oder bearbeitet. Dabei verschwinden Ambiguitäten und andere Ansätze wie Diplomatie, (zivile) Konfliktbearbeitung, Friedensförderung und Krisenprävention erscheinen als unrealistisch und naiv. Ihnen werden also zugleich materielle wie symbolische Ressourcen entzogen.

Orientierung am positiven Frieden notwendig

Diese Ausschließlichkeit militärischer Logiken verändert auch, wie wir Frieden verstehen und stellt einen negativen Friedensbegriff wieder in den Mittelpunkt, demzufolge Frieden die Abwesenheit von Krieg, von direkter physischer Gewalt ist. Dieser Logik nach gibt es keine Friedenssicherung ohne Militarisierung, weil Frieden nur mittels Militär gesichert werden kann. Friedensforscher*innen wie **Johan Galtung** und andere haben jedoch überzeugend argumentiert, dass wir uns an einem positiven Frieden orientieren sollen, der auch die Abwesenheit etwa von Diskriminierung und Ungleichheit beinhaltet. Nur so können tieferliegende Ursachen für direkte Gewalt verstanden und bearbeitet werden.

Durch einen positiven Friedensbegriff, insbesondere wenn man ihn feministisch deutet, treten auch die Gefahren von gesellschaftlicher Militarisierung deutlich zutage. Wir wissen dank zahlreicher Untersuchungen, dass Kriege die Gewaltbereitschaft erhöhen und zu einer Zunahme von Gewalt gegen Frauen und Kinder führen. Sexualisierte Gewalt als Kriegstaktik, wenngleich ein altes und omnipräsentes Problem, wurde erst 2008 aufgrund des systematischen Einsatzes von sexualisierter Gewalt gegen Tutsi-Frauen von Hutus während des Genozids in Rwanda und der systematischen Vergewaltigungen bosniakischer Frauen überwiegend durch bosnisch-serbische Truppen im Bosnienkrieg durch die

Resolution 1820 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen als Kriegstaktik anerkannt. Laut des letzten Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu konfliktbezogener sexualisierter Gewalt stieg die Zahl der dokumentierten Fälle dieser Gewalt im Jahr 2023 an. Von dieser Form der Gewalt sind mehrheitlich Frauen und Mädchen betroffen, gleichzeitig spielen Frauen in Gremien, die sich mit Friedens- oder Sicherheitsagenden beschäftigen, nach wie vor kaum eine Rolle.

Bis heute gibt es weder ausreichende Kapazitäten, um konfliktbezogene sexualisierte Gewalt zu dokumentieren und zu erforschen, noch ausreichende nationale oder internationale Strukturen und Instrumente für einen adäquaten Umgang mit oder die Prävention von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt. Entsprechend wird von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgegangen. Aus allen aktuellen Kriegen und bewaffneten Konflikten jedoch gibt es Berichte von Überlebenden dieser Gewalt, aber nach wie vor keinen adäquaten gesellschaftlichen wie institutionellen Umgang damit. Wenn also Militarisierungsprozesse angestoßen werden, wird diese Gewalt in Kauf genommen.

200-jährige Gegenwart von Krieg und Frieden

Die Folgen von Kriegen und der in dem Kontext verübten und/oder erlebten Gewalt, selbst wenn sie nur wenige Jahre andauern, ziehen sich zudem durch Generationen von Menschen und schädigen Klima und Biodiversität teils irreversibel. Die Gegenwart von Krieg und Frieden umfasst also nicht den aktuellen Moment, nicht das Jetzt, sondern eine Zeitspanne von 200 Jahren. So zumindest das einflussreichste Konzept der Soziologin und Friedensforscherin **Elise Boudling**. Die Gründe und Auswirkungen von Kriegen und Konflikten betreffen ihr zufolge zumindest einen Zeitraum, der von der ältesten heute lebende Generation bis zum 100. Geburtstag der heute geborenen Kinder reicht. Diese Zeitspanne ist auch für mich als

heute lebende Person erfahrbar und macht deutlich, dass sie sich über mehrere Generationen erstreckt, mit denen ich heute direkt verbunden bin. Vergangenheit und Zukunft wird damit etwas von ihrer Abstraktheit genommen. Kriegs- und Gewalterfahrungen, aber auch gelungene Friedensprozesse und Gewaltprävention wirken über Generationen fort – psychologisch, sozial, politisch.

Wie sich Kriege und etwaige Friedensprozesse „damals“ angefühlt haben, wie sie wahrgenommen wurden, hat somit auch einen Einfluss auf mich, auf uns, die wir heute mit diesen unterschiedlichen Erfahrungen leben und vor diesem Hintergrund auf aktuelle Kriege und Potentiale für Frieden blicken. Deutlich wird damit auch, dass wir heute nicht nur für uns Verantwortung übernehmen können, sondern auch für andere, die in dieser 200-jährigen Gegenwart mit uns gemeinsam leben. Eine verkürzte, lineare Zeitwahrnehmung hingegen begünstigt kurzfristige Sicherheitslogiken und ignoriert langfristige soziale, politische und ökologische Kosten.

Gleichzeitig verstellt die Debatte um Militarisierung den Blick auf die zentrale globale Herausforderung: die von den Vereinten Nationen sogenannte **dreifache planetare Krise**, die die Klimakrise, das sechste große Massenaussterben und die Umweltverschmutzung umfasst. Schätzungen zufolge könnten etwa 5,5 % aller Treibhausgasemissionen auf den Militärssektor entfallen. Wäre dieser also ein Land, wäre er der viertgrößte Emittent. Gemessen werden Militäremissionen allerdings nicht, hier besteht dringender Handlungsbedarf. Es gibt zwar Übereinkommen wie jenes „über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken“ (ENMOD, Environmental Modification Convention) von 1977, das u. a. als Antwort auf den Vietnamkrieg, insbesondere den flächen-deckenden Einsatz des Herbizids „Agent Orange“ mit seinen verheerenden Auswirkungen, beschlossen wurde. Doch diese Regelungen gelten als unpräzise und schwer durchsetzbar. Zudem werden mit dem Ziel der NATO, dass Mitgliedsstaaten

jährlich mindestens 2 % des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben sollen, die Pariser Klimaziele – selbst bereits ein politischer Minimalkonsens – weit überschritten. Die dreifache planetare Krise droht aktuell jedenfalls immer weiter zu eskalieren. Daraus entstehende Probleme können das Risiko von Kriegen und Konflikten zusätzlich erhöhen.

Militarisierungsprozesse verschieben also die Grenzen des Vorstellbaren. Sie verengen unseren Blick und schmälern das gesellschaftliche wie politische Repertoire des Umgangs mit Krisen und Konflikten. Militarisierung in Zeiten planetarer Krisen ist damit keine abstrakte Fachdebatte, sondern berührt die unmittelbar politischen Fragen: Wie wollen wir miteinander auf und mit diesem Planeten leben? Welche Ansätze sind wir bereit, uns vorzustellen? Sind wir bereit in einer 200-jährigen Gegenwart Verantwortung füreinander zu übernehmen? Diese Aushandlungsprozesse müssen wir miteinander führen, in allen Teilen der Gesellschaft.



KPO

Schimmel?
Kaution weg?

**MIETER
NOTRUF**

Kein Anliegen ist zu klein

0677 620 783 84

BEZAHLTE ANZEIGE

Alles ist falsch

Claudia Brunner

außerordentliche Professorin an der Universität
Klagenfurt, Leiterin des Zentrums für Friedens-
forschung und Friedenserziehung.



BILD: Photo Ricco Klagenfurt



BILD: Shutterstock.com

Drei Monate nach Beginn des von der Russischen Föderation völkerrechtswidrig begonnenen Krieges gegen die Ukraine erschien Marlene Streeruwitz' „Handbuch gegen den Krieg“. Die ersten fünf Worte des Texts bringen auf den Punkt, was all jene denken, wissen und empfinden, die nicht von ihm profitieren: „Krieg. Und. Alles ist falsch.“ (Streeruwitz 2022, 5) Auch wer nicht direkt von Krieg bedroht ist, aber an seiner Unvermeidbarkeit zweifelt oder sich schlicht weigert, Krieg als legitimes Mittel zur Konflikt austragung zu akzeptieren, mag dem Urteil der österreichischen Schriftstellerin zustimmen. Der (national-)staatlich organisierte, international akkordierte, und mit erheblichen materiellen und immateriellen Ressourcen geführte Krieg steht hierbei im Zentrum meiner Weigerung, Krieg für unvermeidbar, gerechtfertigt, selbstverständlich oder gar „in der Natur des Menschen angelegt“ zu halten. (1)

Antimilitarismus und die Grammatik des Krieges

Die gegenwärtige Militarisierung Europas wird nicht als offener Bruch mit dem proklamierten „Friedensprojekt“ betrachtet, sondern als dessen vermeintliche Fortsetzung im Namen von Menschenrechten, Demokratie und Zivilisation

und mit Bezug auf „westliche“ Werte legitimiert – und so sprachlich, politisch und affektiv normalisiert. Das zeigt sich beispielsweise in der Verwendung von Begriffen wie „Zeitenwende“, der Forderung einer europaweiten „Kriegstüchtigkeit“ oder auch in dem in der österreichischen Verfassung verankerten Konzept der „geistigen Landesverteidigung“ (vgl. Jürs/Schuh/Wirtsch 2021).

Krieg ist nämlich immer auch Kampf um (Be-)Deutungen, Haltungen und Empfindungen, die Menschen überhaupt erst dazu bringen, die Mobilisierung aller kriegsnotwendigen humanen Ressourcen zu unterstützen. Die Mobilisierung findet dabei auf einem fluiden „Terrain“ statt, welches nicht nur Politik und Wirtschaft, sondern auch Wissenschaft und Bildung, Soziales und Religion, Literatur und Medien, Sport und Spiel – und vieles andere mehr umfasst. Die immaterielle – also diskursive, kognitive und affektive – Militarisierung ist dem Krieg immanent, bereitet ihn vor, hält ihn am Laufen, lässt ihn vernünftig oder zumindest unvermeidbar erscheinen, macht ihn auf Dauer denkmöglich und handlungsbegründend sowie – allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz – „normal“. Der Krieg wird zu einer Selbstverständlichkeit des globalen Kapitalismus im 21. Jahrhundert.

Streeruwitz spricht von einer „Grammatik der Mächtigen“ (Streeruwitz 2022, 55), die zu erlernen (nicht nur) in Europa heute (wieder) massiv eingefordert wird, um ihn in all seinen Dimensionen zu legitimieren, zu normalisieren, zu integrieren. „Im Kampf um Frieden muss diese Grammatik aufgegeben werden“ (Streeruwitz 2022, 55). Die Verselbstverständlichungen der Militarisierung nicht nur im Sprechen, Schreiben und Lesen, sondern auch im Denken und Empfinden, haben wir zu thematisieren und zu analysieren, herauszufordern und schließlich zu verweigern, während auch weiterhin die materielle Seite – Rüstung, Waffenproduktion, Zerstörung von Leben und Ressourcen – als Ausgangspunkt und Ziel antimilitaristischer Analysen und Aktivitäten zu gelten hat. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben – und auch nicht loszuwerden.

Krieg als Institution des (post-)kolonial-kapitalistischen Weltsystems

Es bedarf eines tieferen Verständnisses von Krieg als treibende Kraft des Kapitalismus. Krieg ist kein wiederkehrender Betriebsunfall der vermeintlich gewaltaversen Moderne, sondern für diese konstitutiv, also eine „Institution“, wie auch Streeruwitz (2022, 13) formuliert. Eine Institution der kolonial-kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft, deren auf Nationalstaaten basierender Organisationsform konsequenterweise auch ein militaristisches Paradigma innewohnt. Denn „der Kapitalismus [ist] nicht zu begreifen ohne Kriege zwischen Staaten, ohne gegen das Proletariat geführte Bürgerkriege, ohne Eroberungskriege“ (Lazzarato 2023, 8). Er bezieht sich dabei vor allem auf die Unterwerfungskriege, die europäische Kolonisator*innen während des „langen 16. Jahrhunderts“ (2) in der sogenannten „Neuen Welt“ geführt haben. In der dort erfolgten „dreifachen Eroberung“ (ebd., 12) verortet er, wie zahlreiche anti-, post- und dekoloniale bzw. marxistisch-feministische Theoretiker*innen



der „kolonialen Moderne“ (Quijano 2016) auch, die Anfänge des Kapitalismus: „der Eroberung von Land und Erde sowie der Landarbeiter:innen in Europa; der Eroberung der Frauen (mit der Hexenverfolgung als Sinnbild und Inbegriff ihrer Unterwerfung und der Enteignung ihres Wissens); und der Eroberung des „verfügbaren“ Landes in der Neuen Welt, der indigenen Bevölkerungen, die in kolonisierte Bevölkerungen transformiert wurden, sowie der auf Sklav:innen reduzierten Afrikaner:innen“ (ebd.).

All das scheint vergessen oder nie gewusst, wenn Politiker*innen und Intellektuelle zur nahezu bedingungslosen Rechtfertigung staatlich organisierter Gewalt und internationaler Militärbündnisse „überlaufen“. Diese heute als „Modernisierer*innen imperialer Verhältnisse“ (Krieger 2022) auftretenden Stimmen zeigen sich (erneut) willig und imstande, staatlich organisierte Kriege zu rechtfertigen, zu unterstützen und sogar aktiv zu betreiben. Wenn wir den je aktuellen (zwischen-) staatlichen Krieg auch als treibende Kraft des Kapitalismus verstehen, dessen Entfaltung und weltweite Durchsetzung wiederum auf den Eroberungskriegen von 500 Jahren Kolonialismus beruht, muss unsere je aktuelle Kritik am Krieg grundsätzlich ausfallen als ein situativer Widerspruch – und möglichst alle seine Dimensionen in ihrer Verflochtenheit miteinander adressieren. Ein lautes und deutliches „Nein zum Krieg!“ in all seinen Schichten und Facetten muss auch die zahlreichen vermeintlichen Nebenschauplätze des Krieges in seinen materiellen und immateriellen Dimensionen im Blick und auf der Agenda haben.

Von dieser Welt, für diese Welt

In diesem Zusammenhang ist auf einen wesentlichen Unterschied hinzuweisen: zwischen Pazifismus, mit dem gerade auf dieser weniger dramatisch erscheinenden Ebene

argumentierende Kriegsgegner*innen gern als weltfremd diskreditiert werden, und Antimilitarismus, der ganz „von dieser Welt“ ist, wenn er den globalen Zusammenhang zwischen Militarismus, Kapitalismus, Kolonialismus, Imperialismus, Nationalismus und Patriarchat zum Ausgangspunkt des Widersprechens gegen die normative Kraft des faktischen Krieges macht. Antimilitarismus begnügt sich nicht mit der Frage danach, unter welchen Bedingungen welche Art von Gewalt notwendig, welche Art von Militäreinsatz legitim, welches Rüstungsbudget angemessen ist. Es gilt aufzuzeigen, wie für militärische Gewalt Akzeptanz geschaffen wird – und was dabei aus dem Raum des Sag- und Verhandelbaren verschwindet, ja sogar aus den uns angemessen erscheinenden Gefühlen dafür, was richtig und was falsch läuft auf dieser Welt.

Ein solcher Antimilitarismus diskutiert nicht nur den je aktuellen Krieg, sondern den internationalen Militarismus in seinem Beitrag zur Aufrechterhaltung bestehender Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen – die stets materieller und immaterieller Art sind.

Anmerkungen

(1) Eine Langversion dieses Texts erschien als „Grammatik des Krieges. Beobachtungen zur Militarisierung der Gegenwart“ in Heft 4/2024 der Marxistischen Blätter, S. 58-65. Die Kürzungen erfolgten mit Zustimmung der Autorin durch Linn Sahin, Praktikantin im Friedensbüro.

(2) Der Begriff geht zurück auf den Historiker Fernand Braudel und hat insbesondere Immanuel Wallersteins Theorie des kapitalistischen Weltsystems geprägt. Mit der Verortung der Ursprünge von Kapitalismus und Kolonialismus in der frühen kolonialen Expansion Europas wurde er auch für die dekoloniale Debatte zu einem wichtigen Referenzpunkt. In diesem Verständnis umfasst das lange 16.

Jahrhundert die diesseits und jenseits des Atlantiks miteinander verwobenen historischen Prozesse im Zeitraum von 1450 bis 1650. Alexander Anievas und Kerem Nişancıoğlu (2015) gehen historisch noch weiter zurück und machen die Anfänge des Kapitalismus im Mittelalter aus.

Literatur

Anievas, Alexander/Nişancıoğlu, Kerem 2015: How the West Came to Rule. The Geopolitical Origins of Capitalism. London.

Birkenbach, Hanne 2023: Friedenslogik verstehen. Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen. Frankfurt am Main.

Jürs, Jacqueline/Schuh, Roman/Wirtitsch, Manfred 2021: In Verteidigung der Demokratie. Bildungspolitischer Auseinandersetzungen mit dem Konzept der Geistigen Landesverteidigung. Wien/Köln.

Krieger, Helmut 2022: Krieg und Wissen (KnowWar), Imperialismus, Ressourcen-Kriege, Jemen, Palästina. Interview mit Josef Mühlbauer (Varna Peace Institute). <https://youtu.be/TYppHEu1MCM> [28.08.2023]

Lazzarato, Maurizio 2023 Krieg und Gewalt. Wien. <https://transversal.at/books/krieg-und-gewalt> [21.06.2024]

Quijano, Aníbal 2016: Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika. Wien/Berlin.

Streeruwitz, Marlene 2022: Handbuch gegen den Krieg. Wien.

Wallerstein, Immanuel 1974: The Modern World-System. New York.

Claudia Brunner war bei der Veranstaltung „Friedenstüchtig / Grammatik des Krieges“ von prolit, Katholisches Bildungswerk Berchtesgadener Land und Friedensbüro am 18. März im Literaturhaus Salzburg zu Gast.

Die Veranstaltung ist Teil des Projekts "Grenzenloser Frieden?", das durch das Programm Interreg Bayern-Österreich der EU kofinanziert wird.



Auf dem Weg in den Kriegsstaat?

Fabian Scheidler, Autor des Buchs „Friedenstüchtig“, im Interview



BILD: fabianscheidler.de

Die Financial Times schrieb im März 2025, Europa müsse den Sozialstaat kürzen, um einen Kriegsstaat aufzubauen. Wie manifestiert sich diese Entwicklung?

Fabian Scheidler: In den meisten europäischen Ländern stehen massive Kürzungen der öffentlichen Ausgaben auf der Tagesordnung, um die Mittel in den militärisch-industriellen Komplex zu lenken. Die von Finanzminister Lars Klingbeil angekündigte Erhöhung des Militärbudgets von 52 Milliarden Euro im 2024 auf beispiellose 153 Milliarden im Jahr 2029 ist ohne einen massiven Rückbau des Sozialstaates nicht zu finanzieren. Auch die Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt- und Klimaschutz stehen zur Disposition. Die ungebremsste Militarisierung ist darüber hinaus zum Schlüsselprojekt einer desolaten EU geworden, die versucht, ihre brüchigen Fundamente durch die Schaffung einer Militärunion zu kitten.

Kann Aufrüstung die nationale Wirtschaft durch die Schaffung von Binnennachfrage beleben?

Wenn es den Regierungen tatsächlich darum geht, weshalb sind sie dann nicht bereit, mehr Geld für Bildung, Gesundheitswesen und andere öffentliche Dienstleistungen auszugeben, die die Binnennachfrage viel effektiver ankurbeln würden? Die Verfassungsänderung vom März 2025 bringt dieses Paradox

auf den Punkt: Während für die Gesellschaft insgesamt weiterhin Sparmaßnahmen gelten, ermöglicht sie dem Militär unbegrenzte Ausgaben und Kreditaufnahmen.

Vertreter der NATO wie der britische Oberbefehlshaber Sir Tony Radakin räumen ein, dass Russland keinen direkten Angriff auf die NATO plane. Weshalb sprechen europäische Staatschefs weiterhin von einer bevorstehenden Invasion?

Neoliberale Kräfte in der EU drängen seit Jahrzehnten darauf, die öffentliche Wohlfahrt zu beschneiden und die Militärausgaben zu erhöhen. Die Aufrechterhaltung der russischen Bedrohung ist sehr hilfreich, um dieses Projekt zu legitimieren. Die vollständige Antwort könnte jedoch noch tiefer gehen. Angesichts der bröckelnden ideologischen Kohärenz im Westen kann der Kriegsstaat den herrschenden Eliten ein Gefühl der Orientierung und Einheit vermitteln.

In den politischen Krisen der vergangenen Jahre beobachten Sie zunehmend die Tendenz, mit Ausnahmezuständen zu regieren...

Die Bedrohung durch einen übermächtigen Feind, ob real oder fiktiv, ermöglicht die Verhängung des Ausnahmezustands über die gesamte Gesellschaft. Angesichts einer eskalierenden Mehrfachkrise ist der Ausnahmezustand eine Möglichkeit, autoritäre Herrschaft einzuführen und Dissens zu unterbinden, ohne die Institutionen einer repräsentativen Demokratie formell aufgeben zu müssen. Der Ausnahmezustand ermöglicht auch eine massive Umverteilung nach oben. Sonderhaushalte wie das deutsche „Sondervermögen“ und weitreichende Ad-hoc-Gesetze sind typisch für diese Schockstrategie. Darüber hinaus ist ein Kriegszustand ein perfektes Mittel, um eine zunehmend skeptische Bevölkerung davon abzulenken, über die systemischen Ursachen der sich verschärfenden Mehrfachkrise nachzudenken.

Was ist zu befürchten, wenn die deutsche Regierung ihre Richtung nicht ändert?

Durch die Leugnung der neuen geopolitischen Realitäten und den Versuch, seine privilegierte Position im Weltgefüge durch Aufrüstung zu erhalten, wird Deutschland seine Isolation auf der Weltbühne verstärken. Das Projekt des Kriegsstaates wird die soziale Krise verschärfen, indem es Mittel von dringend benötigten Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge abzieht, was wiederum mehr politische Instabilität zur Folge haben wird. Die extreme Rechte wird davon weiter profitieren, während die EU unter der Last widersprüchlicher Interessen und öffentlicher Wut auseinanderbrechen könnte.

Was für einen Ausweg sehen Sie aus dieser Spirale der Selbsterstörung?

Die westlichen Staaten müssen die Tatsache akzeptieren, dass eine multipolare Ordnung unvermeidlich und bereits Realität ist. Wenn Deutschland diese Tatsache akzeptieren würde, könnte es eine konstruktive Rolle bei der Vermittlung zwischen den Großmächten spielen. Tatsächlich kann es auf eine beeindruckende Tradition der Entspannungspolitik zurückblicken.

Fabian Scheidler ist Buchautor und arbeitet als Journalist u. a. für Le Monde diplomatique und die Berliner Zeitung. Zuletzt ist sein Buch „Friedenstüchtig“ erschienen. Der Autor war gemeinsam mit Claudia Brunner (siehe S. 8-9) bei der Veranstaltung „Friedenstüchtig / Grammatik des Krieges“ von prolit, Katholisches Bildungswerk Berchtesgadener Land und Friedensbüro Salzburg am 18. März 2026 im Literaturhaus Salzburg zu Gast.

Dieser Beitrag ist zuerst im IPPNW-Forum Nr. 185 erschienen. (März 2026). Die Textpassagen stammen aus: „Deutschland auf dem Weg in den Kriegsstaat“ – nachzulesen unter fabian-scheidler.de.



„Sicherheitspolitik lässt sich heute nur transnational verwirklichen.“

Andi Gross, Mitgründer von „Schweiz ohne Armee“, im Gespräch mit Barbara Sieberth



BILD: SVD/Gudrun Döringer

Kranich: Warum wolltest Du in den 1980er Jahren die Schweizer Armee abschaffen?

Wir wollten die Schweiz von ihrer doppelten Lebenslüge befreien. Die eine Lebenslüge liegt in der Behauptung, die Armee könne die Schweiz verteidigen. Das ist keine Utopie, sondern eine verheerende Illusion. Die zweite Lebenslüge: Die These, die Armee hätte dafür gesorgt, dass die Schweiz im 2. Weltkrieg von den Nazis verschont worden war. Tatsächlich war es aber die grausame Kooperation mit den Nazis, die für diese Eroberung der Schweiz überflüssig machte. Die Schweiz hat sechs Tage in der Woche für die Nazis gearbeitet und am siebenten Tag gebetet, dass diese den Krieg verlieren mögen. Unsere Initiative zwang die schweizerische Gesellschaft dazu, diese Lebenslügen zu diskutieren. Diese fast zehnjährigen Diskussionen führten zu mehreren Einsichten und zur kollektiven Emanzipation von der Armee.

Kranich: Du sagst, mit der Volksinitiative zur Abschaffung der Schweizer Armee gelang euch die erfolgreichste Niederlage in der Geschichte der Schweizer Demokratie. Wie ist das zu verstehen?

Wir hatten am 26. November 1989 mathematisch zwar verloren, politisch aber enorm gewonnen. Auch bei uns fiel

eine Mauer, die Schweizer Armee! Die Hegemonie des militärischen Denkens fiel in sich zusammen. Sie dürfen nicht vergessen, dass unsere Regierung noch 1988 in ihrer Botschaft zu unserer Initiative behauptet, die Schweiz hätte nicht nur eine Armee, sondern die Schweiz sei eine Armee. Die mehr als eine Million Schweizerinnen und Schweizer, welche für die Abschaffung der Armee gestimmt haben, befreiten die Schweiz von dieser einfältigen Reduktion der Schweiz auf eine primitive Gewaltmaschine.

In den 1960er Jahren wären Sie noch aus drei Vierteln der Schweizer Gaststuben hinausgeworfen worden, wenn Sie sich gegen die Armee ausgesprochen haben. Heute ist dies dort so normal, wie wenn sie sich als Vegetarier outen oder als Fan des FC Bayern München. Ein ungeheurer Gewinn an Freiheit. Das Denken von Hunderttausenden von Menschen befreite sich von Altlasten und öffnete sich neuen allgemeineren Horizonten.

Kranich: Gibt es eine Alternative zur Aufrüstung?

Für einige Länder wie die Schweiz oder Österreich ganz gewiss. Leider noch nicht für alle. So bin ich damit einverstanden, dass die Ukrainer genügend Rüstung bekommen, um Putins Aggression aufhalten, überleben und ihn zur militärischen Aufgabe veranlassen zu können.

Anschließend dürfte sich Europa sicherheitspolitisch neu organisieren, möglicherweise mit England und Kanada zusammen Armeen fusionieren und zur Kompensation des Rückzuges der USA teilweise aufrüsten zur Dissuasion eventuell weiterbestehender neoimperialer Absichten Russlands. Sicherheitspolitik lässt sich heute nur transnational verwirklichen. Ausgerechnet dort ist der Nationalismus aber überall am größten – ein Riesenhindernis. Möglicherweise bedarf die neue sicher-

heitspolitische europäische Struktur aber auch eine eigene transnationale demokratische Fundierung. Das eröffnet überraschenderweise auf neuen Wegen die europäische Verfassungs-Diskussion.

Für die Schweiz – und wenn ich mir dies für Österreich erlauben darf – bedeutet dies alles nicht notwendigerweise eine Mitaufrüstung und mehr Ausgaben für die Armee und das Militär. Wir könnten sofort unsere Armee massiv abbauen und den Rest umbauen (neue Konzentration auf Drohnen- und Cyberabwehr), die Wehrpflicht endlich aufheben und dafür massiv in die zivile ebenso transnationale Sicherheitspolitik investieren. Beispielsweise ab sofort jährlich fünf Milliarden Franken in die Entminung der enormen ukrainischen Getreidefelder (das wird eine europäische Jahrhundert-Aufgabe werden nach dem Krieg) und in den Wiederaufbau der Energie- und Stromversorgung und der unzähligen zerstörten oder schwer geschädigten Wohn-, Schul- und Krankenhäuser.

Ebenso müssen wir den mehreren Millionen schwer traumatisierten und teilweise auch sehr beeinträchtigten Ukrainerinnen und Ukrainer helfen, in jeglicher Beziehung, vor allem auch seelisch und in ihrem Verhältnis zu den Mitmenschen weiter östlich von ihnen wieder auf die Beine zu kommen – eine ungeheuer anstrengende Aufgabe, die uns nur gemeinsam gelingen kann.

Andreas „Andi“ Gross ist ein Schweizer Politikwissenschaftler, Historiker und Politiker (SP). Nationale Bekanntheit erlangte Gross als Mitbegründer der Gruppe für eine „Schweiz ohne Armee“. Europaweit bekannt wurde Gross als anerkannter Experte für die Direkte Demokratie.

Andi Gross war am 22. Jänner 2026 anlässlich der Veranstaltung „Mehr Sicherheit ohne Waffen“, die von Friedensbüro und Katholischer Aktion Salzburg organisiert wurde, in Salzburg.

Friedrich Glasl
Konfliktforscher und Mitbegründer der Trigon Entwicklungsberatung



BILD: Foto Sulzer

Friedenssicherung durch proaktive Neutralitätspolitik



BILD: Shutterstock.com

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wird in Österreich diskutiert, ob die Neutralität Schutz biete bei Angriffskriegen oder die Mitgliedschaft der NATO mehr Sicherheit garantiere. Doch gerade in Zeiten hegemonialer Konkurrenzkämpfe, wie wir sie jetzt erleben, ist Neutralität wichtig, nicht erst in Kriegszeiten. Im V. und XIII. Haager Abkommen (1907) sind die völkerrechtlichen Gebote und Pflichten der Neutralen für das *militärische* Verhalten während eines Krieges definiert, die strikt einzuhalten sind.

Doch im Ernstfall wird die Neutralität nur respektiert, wenn das Land schon in Friedenszeiten glaubwürdig friedensorientiert aktiv war. Diese grundsätzliche Haltung nenne ich *proaktive Neutralitätspolitik*. Ein Neutraler setzt sich nicht erst im Kriegsfall für Konfliktbeilegung ein, sondern schon bevor es zum Krieg kommt.

Da in Zeiten von Krisen, Spannungen und Kriegen Beziehungen immer polarisiert werden, können sogenannte „Gute Dienste“ am besten von Neutralen angeboten werden: Irland, Malta, Österreich, die Schweiz und der Vatikan.

Sie sollten jederzeit möglichst folgendes tun:

- Grundsätzliches Engagement in Wort und Tat für gewaltfreie Lösungen zwischenstaatlicher Konflikte;

- Einsatz für den Ausbau und die weitere Entwicklung von UNO, OSZE und regionalen Friedensarchitekturen;
- Werben für Konfliktbeilegung durch internationale Gerichts- und Schiedsverfahren;
- Eintreten für die Achtung der WTO-Regeln, der UN-Sonderorganisationen etc.;
- Mitwirken an friedenssichernden Maßnahmen der UNO, OSZE und ähnlicher regionaler Organisationen;
- Einsatz für die Bildung von „Friedens-Allianzen“ zur Unterstützung von Vermittlungsbemühungen durch Drittstaaten;
- Anbieten von Vorbereitungscamps für zu entsendende Fachkräfte (Wahlbeobachter*in, Blauhelme, Fact-Finding-Commission), wie von Burg Schlaining oft durchgeführt;
- Ständiges Beobachten entstehender internationaler und innerstaatlicher Spannungen (Krisenmonitoring durch ein internationales Expertennetzwerk), um frühzeitig Interventionen zur Deeskalation anzuregen bzw. durchzuführen;
- Im Krisenmonitoring achten auf sich ergebende „Windows of Opportunity“ (Gelegenheiten für vertrauensbildende Maßnahmen), damit Drittstaaten „Gute Dienste“ anbieten können;

- Initiativen zu Versöhnungsprozessen in innerstaatlichen ethno-kulturellen Konflikten, z. B. in Australien, Bosnien, Sri Lanka, Südamerika, Zypern, etc.;

- Anbieten von Konferenzorten und -lokalen, Konferenzservice und vermittlungder Gesprächsleitung;

- Werben weiterer Signatarstaaten für den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen;

- Initiieren und organisieren humanitärer Hilfsaktionen nach Naturkatastrophen;

- Unterstützung von Konflikt- und Friedensforschung im eigenen Land und in transnationalen Kooperationen oder Netzwerken und Fördern der Verbreitung ihrer Ergebnisse und Empfehlungen.

Mit Maßnahmen dieser Art können neutrale Staaten ihre Bereitschaft und Professionalität für konstruktive Konfliktlösungen beweisen. Damit proaktive Neutralität auch von der Bevölkerung mitgetragen wird, können Schulungen in konstruktiver Konfliktlösung (gewaltfreie Kommunikation, Mediation, Arbitrage) beitragen zur Entwicklung einer Kultur der Friedenslogik.

Die genannten Maßnahmen sind nicht nur neutralen Staaten zu empfehlen, sondern sollten von möglichst vielen Staaten und NGOs praktiziert werden!

Friedrich Glasl ist Konfliktforscher und Mitbegründer der Trigon Entwicklungsberatung. 1980 stellte er sein neunstufiges Phasenmodell der Eskalation vor, das heute zu den Klassikern der Konfliktanalyse zählt.

Im Juni 2025 hat Glasl im Friedensbüro seine Vorschläge für eine proaktive Neutralitätspolitik vorgestellt. Die 30 Maßnahmen können hier heruntergeladen werden: <https://www.friedensbuero.at/proaktive-neutralitaetspolitik>

**Leo Gabriel**

Publizist, Filmmacher und Sozialanthropologe

Costa Rica: das Land ohne Armee – ein Modell für die Welt?

Es war einmal ein wunderschönes, kleines Land, gespickt von hohen Bergen, Seen und einem reichen Waldbestand, das aufgrund seiner immerwährenden Neutralität, zu der es sich bekannt hatte, oft als eine Oase des Friedens in einer von Konflikten geplagten Region bezeichnet wurde. Nach einem blutigen Bürgerkrieg rang sich die aus mehreren Parteien bestehende Regierung zur Überzeugung durch, dass es nie wieder Krieg geben soll und dass die Armee, sofern sie überhaupt notwendig wäre, nur zivile Aufgaben zum Schutz der Zivilbevölkerung übernehmen soll.

Was wie ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht begann, ist in Costa Rica Wirklichkeit geworden. Das 51.000 km² große und von ca. fünf Millionen Menschen besiedelte Land hat es schon 1948 geschafft, seine Armee komplett aufzulösen, um die dafür vorgesehenen Mittel zum Aufbau des in ganz Lateinamerika gelobten Sozialversicherungssystems zu verwenden.

Eine bewegte Geschichte

Die Entscheidung, die Armee abzuschaffen, war für Costa Rica das Ergebnis eines langen und schmerzhaften Prozesses. Wie in allen Ländern Lateinamerikas war die Geschichte des Landes von politischen Unruhen und militärischen Interventionen geprägt. In den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts sah sich Costa Rica mit zahlreichen neokolonialen Konflikten konfrontiert, die oft zu politischer Instabilität und wirtschaftlichem Niedergang führten.

Die Geschichte beginnt mit einem Krieg: Nachdem im Jahr 1948 der letzte Bürgerkrieg in Costa Rica gewonnen war, setzten die Sieger unter Federführung des sozialdemokratischen Präsidenten José María Figueres eine provisorische Regierung ein, die in kürzester Zeit eine ganze Reihe bemerkenswerter Reformen umsetzte. Sie

etablierte demokratische Strukturen, ergriff umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen – und schaffte das Militär ab!

Jeden 1. Dezember wird der *Día de la Abolición del Ejército* („Tag der Abschaffung des Militärs“) gefeiert. Die Entscheidung, keine Streitkräfte zu brauchen, hat „Generationen von Costa-Ricanern geformt, die keine Panzer oder Kampfflugzeuge in ihrem Land kennen und niemals eine Waffe tragen oder auf einem Schlachtfeld werden sterben müssen“, sagte Außenminister Manuel González bei einem solchen Anlass. (1) Zurückblickend hat sie sich als mutig, aber richtig erwiesen.

Ein Modell für die Zukunft?

Denn während in den benachbarten Ländern Zentral- und Südamerikas blutige Auseinandersetzungen zwischen Rebellen, Paramilitärs, Drogenkartellen und Geheimdiensten tobten, herrschte und herrscht in Costa Rica Frieden. Angesichts der anhaltenden bewaffneten Konflikte jenseits der Grenzen verkündete das Land 1983 seine dauerhafte und aktive unbewaffnete Neutralität.

Gerade einmal 0,6 bis 0,8 Prozent seines Bruttonationaleinkommens investiert Costa Rica in Polizeistreitkräfte und Grenzschutz. Einen Verteidigungshaushalt gibt es nicht. Das Geld, das Costa Rica damit einspart, kommt in erster Linie dem Bildungs- und Gesundheitswesen zugute. Mit großem Erfolg. Die Armutsrate gehört zu den niedrigsten, der Lebensstandard zu den höchsten in Lateinamerika, und die parlamentarische Demokratie ist relativ stabil. Darüber hinaus ist das Land dabei, eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einzunehmen. (2)

Angeichts zunehmender globaler Spannungen und militärischer Konflikte stellt sich die Frage, ob das costa-ricanische Modell, keine Armee zu haben, für andere Länder als lebensfähige Alternative betrachtet werden könnte. Sicherlich ist



BILD: Shutterstock.com, eigene Bearbeitung

Costa Rica ein einzigartiger Fall, und nicht jede Nation könnte seine Armee einfach abschaffen und ähnliche Ergebnisse erzielen. Dennoch bietet die Erfahrung Costa Ricas wertvolle Einsichten und Anregungen für die Diskussion über alternative Wege zur Sicherheit und zum Frieden.

Leo Gabriel ist Publizist, Filmmacher und Sozialanthropologe. Er lebte 25 Jahre in Lateinamerika, wo er die unabhängige Presseagentur APIA leitete und sozialanthropologische Forschungsprojekte in Nicaragua, El Salvador und Guatemala durchführte.

Dieser Artikel ist eine gekürzte Version des gleichnamigen Beitrags im Buch „Mehr Sicherheit ohne Waffen“ von Werner Wintersteiner (Hrsg.)

Quellen

(1) The Tico Times: Costa Rica celebrates 67 years without an army. <https://ticotimes.net/2015/12/01/costa-rica-celebrates-67-years-without-army>

(2) Internationale Klimaschutzinitiative: Costa Ricas Langfriststrategie bis 2025. https://www.international-climate-initiative.com/iki-medien/artikel/costa-ricas-langfriststrategie_bis_2025/



DIE NEUE STADT SPÖ

Wir fordern höhere Strafen für Vergehen bei Sanierungen von Altstadt Häusern:

Damit sich Gesetzesbruch nicht rechnet!

Vincent Pultar
Klubvorsitzender

weitere Infos unter:
<https://www.spoe-salzburg.at/news/aktuelles>

Impressum: SPÖ Gemeinderatsklub, Mirabellplatz 4, 5020 Salzburg



BEZAHLTE ANZEIGE



Frieden schützt, was wichtig ist!

DIE GRÜNEN SALZBURG

BEZAHLTE ANZEIGE

**Mobbing
stoppen
mit dem**

**NO BLAME
APPROACH**

Seminar

17/04/2026



 friedensbuero.at/no-blame-approach

**Kostenloses
Online-Angebot für
pädagogische Fachkräfte**



GEKKOS

**Gewaltprävention
& konstruktive
Konfliktkultur in
Sozialen Medien**

**donnerstags
16.30-18 Uhr
via Zoom**



www.gekkos.at

 **FriedensBüro
salzburg**

 Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

KRANICH

Kranich-Abo:

4 Ausgaben um 14 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:

Mitglied: 30 Euro

Fördermitglied: 60 Euro

Student*in, Zivildienstler*in und

Wehrdiener*in: 18 Euro

**Mit Ihrem Abo unterstützen
Sie die Arbeit des Salzburger
Friedensbüros.**

Das Friedensbüro wird gefördert von:



Wir danken für die Unterstützung:



Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:



WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

OFFENLEGUNG

lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der **KRANICH** ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins „Friedensbüro Salzburg“.

Impressum:
Kranich 01/26, Friedensbüro Salzburg,
Lasserstraße 30/3, 5020 Salzburg

www.friedensbuero.at

BUCHTIPP



Wintersteiner, Werner (Hg.): "Mehr Sicherheit ohne Waffen". Zur Aktualität von Hans Thirrings Friedensplan. Promedia, Wien, 2025

Dieses Buch diskutiert den sogenannten Thirring-Plan von 1963 zur einseitigen Abrüstung Österreichs aus aktueller Perspektive.

Der Vorschlag des Wiener Physikers und Friedensaktivisten Hans Thirring – „Mehr Sicherheit ohne Waffen“ – war als Beitrag zur Entspannung im Kalten Krieg gedacht. Das neutrale Österreich sollte als „Testobjekt der Möglichkeit friedlicher Koexistenz“ einen weltweiten Abrüstungsprozess anstoßen.

Diese Idee ist heute wieder höchst relevant. Denn angesichts globaler Kriegsherde, die das Risiko eines Weltkriegs bergen, dominiert gerade auch in der EU immer stärker eine Logik zur Vorbereitung von „Kriegstauglichkeit“. Zugleich wird jeder Diskurs über Frieden diskriminiert und tabuisiert.

Die Autor*innen dieses Buches halten dagegen und legen dar, wie heutzutage Abrüstung wieder als Friedensoption ins Spiel gebracht, die österreichische Neutralität verteidigt und die Kriegslogik durchbrochen werden kann.

Zu dem hochinteressanten Band haben zahlreiche Autor*innen beigetragen: Hans Thirring (Abdruck seines Friedensplans); Erwin Bader, Ewa Ernst-Dziedzic, Leo Gabriel, Heinz Gärtner, Erik Gornik, Günther Greindl, Andreas Gross, Marko Hren, Karin Liebhart, Rosa Logar, Christoph Matznetter, Gerhard Oberkofler, Christine Schweitzer und Werner Wintersteiner.

Beiträge von Werner Wintersteiner, Andi Gross und Leo Gabriel können sie auch in dieser Kranich-Ausgabe nachlesen.



Kommende VERANSTALTUNGEN

● **17. April**

11:00 Uhr

Gedenkstunde für Roma und Sinti
Mahnmal, Ignaz-Rieder-Kai 2

● **20. April**

19:00 Uhr

Joint Memorial Day
Afro-Asiatisches Institut Salzburg

● **26. April**

11:00 Uhr

Im Schatten des Orangenbaums
Park-Kino Bad Reichenhall

Interreg
Bayern-Österreich



Kofinanziert von der Europäischen Union

● **5. Mai**

17:00 Uhr

Gibt es ein Rezept für Frieden?
Uni-Bibliothek Rudolfskai

● **9. Mai**

11:00 Uhr

Vom Berghof zum Schloss Klessheim
Dokumentation Obersalzburg

Interreg
Bayern-Österreich



Kofinanziert von der Europäischen Union